

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger des Erzgebirges entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Belegpreis für die Anzeiger des Erzgebirges und die Anzeiger des Erzgebirges, wöchentlich 30 Pfennige, außerwärtige Anzeiger 40 Pfennige, halbjährlich 16 Pfennige, monatlich 1 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 196

Nr. 144

Mittwoch, den 24. Juni 1925

20. Jahrgang

Der Marokkofrieg.

Rüstenwacht. — Sozialisten gegen Painlevé. — Eine Proklamation des Sultans Muley Jussuf.

Paris, 22. Juni. Der Madrider Korrespondent des „Welt-Bericht“ erzählt, daß bei Erörterung des Problems der Ueberwachung des Waffenschmuggels vom Lande her spanischerseits angeregt worden ist, die Ueberwachung des Hafens von Tanger scharfer zu gestalten, da die Schiffe, die sich mit dem Waffenschmuggel befaßen, auch dort ihre Waren landen. In französischer Sprache dagegen sei man der Ansicht, daß dieser Waffenschmuggel nicht sehr gefährlich werden könne, denn die französischen Polizeibeamten führten eine genaue Ueberwachung durch. Man habe eher Aussicht, die Waffenschmuggler durch gedebte Schilddächer in den Grenzschluchten zwischen dem Gebiet von Tanger und dem Mittelmeer zu überraschen. An diesen Punkten könnten die Gendarmereifreikräfte sicherlich eine entscheidende Rolle spielen.

Die Sozialisten und das Kabinett Painlevé.

Paris, 22. Juni. Auch die Sozialisten im Departement Var haben zu der Frage Stellung genommen, ob die sozialistische Partei die Unterstützungspolitik gegenüber dem Kabinett Painlevé beibehalten soll oder nicht. Alle Abteilungen des Bezirksverbandes des Departements Var haben übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß die Unterstützung der Regierung Painlevé durch die Sozialisten infolge der Politik der Regierung nicht gerechtfertigt gewesen sei.

Wir erwähnten bereits gestern in unserem „Pariser Brief“ daß die Sozialisten des Departements Haute Garonne die Unterstützungspolitik gegenüber dem Kabi-

net. Painlevé fallen lassen wollen, da es direkte Friedensverhandlungen mit Abd el Krim unmöglich mache.

Sultan Muley Jussuf gegen Abd el Krim.

Paris, 22. Juni. Wie der Sonderberichterstatter des „Temps“ aus Fez meldet, hat Marschall Spautey gestern mit Sultan Muley Jussuf eine längere Unterredung gehabt. Der Sultan erklärte, er beabsichtige, demnächst eine Proklamation zu erlassen, in der er beweisen werde, wie Abd el Krim der Einheit des Scheichentums Abbruch tue. Abd el Krim habe keineswegs einen Anspruch auf die Regierung über das Reich. Die Führer der Rifleute haben überall verbreiten lassen, er werde am Tage des Festes des Heiligen Hammes am 3. Juli in Fez einziehen. Um auf diese Proklamation zu antworten, habe der Sultan beschlossen, dieses Fest selbst in der nördlichen Hauptstadt seines Gebietes zu begehen und zu diesem Zweck seinen Aufenthalt in Fez zu verlängern.

Paris, 22. Juni. Nach dem heute veröffentlichten amtlichen Bericht über die Lage in Marokko ist der Feind aus dem Gebiet von Mekrouma nach festigem Widerstand nahezu vollständig vertrieben. Franzosenfreundliche Stämme haben mit Unterstützung von Maschinengewehrfeuer in der Umgegend von Tzebel bei Messout dem Feinde eine Schlappe beigebracht. Der Feind hatte 15 Tote und 23 Verwundete. Die Städte Maratouf hat bei den Bewohnern der dortigen Gegend starken Eindruck gemacht. Französische Flieger waren an verschiedenen Stellen Bomben-

führt man die Kundgebung darauf zurück, daß die Pariser Polizeibehörden auf Ersuchen des chinesischen Gesandten eine revolutionärsfreundliche chinesische Versammlung, die am Sonntag vor acht Tagen in Paris stattfinden sollte, verboten hatte.

Eine gerichtliche Untersuchung wegen mit Vorbedacht ausgeführter Gewalttaten, gewaltsamen Aufstehens von in öffentlichen Gewächern befindlichen Eigentums und Unterschreitungserpressung, verübt gegen den chinesischen Gesandten, ist eingeleitet worden. Ein Beamter der chinesischen Gesandtschaft erklärte einem Vertreter des „Journal des Debats“, die Eindringlinge seien ohne Zweifel bewaffnet gewesen, hätten aber ihre Waffen nicht gezeigt. Sie hätten vier Schriftstücke unterzeichnet lassen wollen und unter Androhung den Versuch gemacht, den Gesandten zur Unterzeichnung zu veranlassen, ohne daß er sie gelesen habe. Da der Gesandte das abgelehnt habe, habe die Unterredung längere Zeit gedauert.

Enttäuschung der Linksparteien bei den Stichwahlen im Seine-Departement.

Paris, 22. Juni. Die ersten Stichwahlen für den Generalrat des Seine-Departements richteten die Erwartungen der Linksparteien nicht. Von 19 Mandaten, die zu vergeben waren, erhielten die Rechtsparteien 8, die Sozialisten 6, die republikanischen Sozialisten 2, die Kommunisten 2 und die Radikalsozialisten 1. Die Hauptursache des wenig günstigen Erfolges für die Linksparteien ist darin zu suchen, daß zwischen Radikalsozialisten und Sozialisten einerseits und zwischen Sozialisten und Kommunisten andererseits kein Einigungsverkommen zustande kam.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin, 23. Juni. Im Reichstag hatten gestern nachmittag die Vertreter der Regierungsfaktionen eine Reihe von Besprechungen mit Mitgliedern der Reichsregierung, in denen die parlamentarische Behandlung der wichtigsten Regierungsvorlagen erörtert wurde. Eine völlige Klärung wurde noch nicht erzielt. Bei den Regierungsfaktionen soll der Wille vorherrschen, zum mindesten ähnliche Steuerentwürfe einschließlich der Bier- und Tabaksteuer bis Anfang Juli unbedingt zu erledigen. Ob auch die Zollvorlage bis zum 18. Juli dem Tage, wo der Reichstag in die Ferien gehen sollte, parlamentarisch erledigt werden wird, ist noch zweifelhaft. Es soll der Plan bestehen, die Session, wenn nötig, aber den 18. Juli hinaus zu verlängern, um die Zollvorlage unter allen Umständen zu erledigen. Der Kleinstenaustrich wird heute aber das Arbeitsprogramm beschließen. Dabei dürfte auch der Termin der in Aussicht genommenen außerparlamentarischen Debatte festgesetzt werden.

Wachsender Widerstand gegen das Durchmarschrecht.

Washington, 22. Juni. Nachdem in den letzten Tagen Pariser und auch Londoner Depeschen die Dinge so dargestellt hatten, als ob nach Frankreichs Antwort auf die deutsche Denkschrift der Sicherheitspakt schon so gut wie unter Dach und Fach sei, mußten die gestrigen Berliner Telegramme über starken Widerspruch, der sich in Deutschland gegen die in der französischen Antwort enthaltenen Bedingungen geltend mache, einigermaßen überraschen. Die große politische Presse gibt Theodor Wolffs Leitartikel über das Durchmarschrecht im „Berliner Tageblatt“ besonders ausführlich wieder. Der Vertreter der „New York Times“ hebt hervor, daß Wolff sich diesmal in Uebereinstimmung mit seinem bittersten Gegner, dem Grafen Westarp, befindet, der von Dr. Stresemann den Abbruch der Verhandlungen fordert. Dessenigen amerikanischen Politiker, die von vornherein von einer Beteiligung Amerikas an den europäischen Sicherheitsverhandlungen nichts wissen wollten, werden durch die neuen Schwierigkeiten, die sich jetzt ergeben, in ihrer Auffassung bestärkt, während die Pressekommentare vorläufig noch angesichts der Unklarheit der Lage widerspruchsvoll sind. Beachtlich ist eine Darstellung des Berliner Vertreters des „New York Herald and Tribune“, wonach der Botschafter Graf Brockdorff-Ransau sich gegen die Sicherheitsverhandlungen mit dem Befehlshaber ausgesprochen habe und die Befehlshaber „Ostorientierung“ in der deutschen Außenpolitik entschieden befürworte.

Auch in England sieht man dem Sicherheitspakt sehr kritisch und teilweise ablehnend gegenüber.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ zählt eine Anzahl interessanter Fragen auf, von denen er glaubt, daß sie in der Unterhandlung am Mittwoch zur Sprache kommen würden: 1. Würde die französische Auslegung des Paktes Deutschland jede Möglichkeit nehmen, sich auf friedliche Weise um eine eventuelle Veränderung seiner Ostgrenzen zu bemühen? 2. Würde der Pakt auch für England ein zweifeltiger sein, d. h. auch England von Frankreich und Deutschland entsprechende Garantien gegen einen Angriff erhalten, wie England sie diesen Staaten geben würde? Diese ungemein interessante und wichtige Frage ist gestern zum erstenmal von Scrutator in der „Sun“ aufgeworfen worden. 3. Wie könnten die Garantien der Grenzen Deutschlands, das jetzt ein nicht bewohntes Land ist, wirksam durch England durchgeführt werden? Wird der Pakt eine allgemeine Abklärung zur Folge haben? Wird bei den vorgeschlagenen französisch-deutschen und deutsch-polnischen Schiedsgerichtsverträgen die gegenwärtige einseitige Garantie der Grenzen Polens durch Frankreich zu einer zweifeltigen werden, das heißt nicht Frankreich an Deutschland gegen einen Angriff von Polen schützen? Und, falls dies nicht der Fall sein sollte, wie kann dann ein einseitiger Ostpakt mit einem zweifeltigen Westpakt in Verbindung gebracht werden? Schließlich glaubt der Korrespondent, daß die Verbalabmachungen, die England Frankreich über das Durchmarschrecht durch die entmilitarisierte Zone gegeben hat, bei der Debatte eine wichtige Rolle spielen würden. Natürlich werde auch die Entwarnungsnote mit ihren Anlagen besprochen werden.

Französischer Optimismus.

London, 22. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ berichtet, die französische Regierung sei mit der Aufnahme ihrer Note durch Dr. Stresemann zufrieden, und es dürfe nicht als ausgeschlossen gelten, daß schon in naher Zukunft, sobald die deutsche Regierung die wesentlichen Grundzüge der französischen Note angenommen habe, eine Konferenz einberufen werde, um den geplanten Rheinland-Garantiepakt seine endgültige Gestalt zu geben. Um die Besserung der französisch-deutschen Beziehungen zu zeigen und ihre Unschicklichkeit zu beweisen, werde die französische Regierung, wie erwartet werden dürfte, sehr bald eine politische Mission, die in Deutschland Verriedelung betreiben dürfte.

Ein deutsch-polnischer Streitfall.

Der Präsident des Internationalen Gerichtshofes im Haag teilt mit, daß Deutschland einige Anfragen betreffs gewisser polnischer Streitpunkte gestellt habe, die gleichzeitig auch dem Völkerbund und Polen übermittelt wurden. Die polnische Regierung sei mit dem Wunsch in Oberschlesien nicht vertragmäßig beschaffen. Polen bestreite jedoch die Zuständigkeit des Gerichtshofes, solange die Schiedsgerichtsverträge zwischen Polen und Deutschland noch in Kraft sind. Der Haager Gerichtshof wird sich am 15. Juli mit der Sache beschäftigen.

Chinas Kampf um seine Selbständigkeit.

Paris, 22. Juni. „Havas“ meldet aus Hongkong: Die Arbeiter von Hongkong haben eine geheime Gesellschaft, genannt „Arbeiterkommission“ gebildet, die der Regierung von Kanton beigegeben werden und Vollmachten in Streitangelegenheiten erhalten soll. Diese Kommission fordert das Recht auf freie Meinungsäußerung, gleiche Behandlung aller Chinesen, Abschaffung des Deportationsgesetzes und der Unterscheidung bei den Geburtseintragungen in das Zivilregister, das Recht für die Arbeiter, Chinesen in den entscheidenden Rat zu wählen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Einführung des Achtstundentages, Verbot der Kinderarbeit, Zurückziehung der Verordnung betr. die Heraussetzung der Mieten um 15 Prozent ab 1. Juli, Erlaubnis der Chinesen, im europäischen Viertel zu wohnen.

Neuter meldet, die Regierung von Hongkong habe infolge der bedrohlichen Lage einige Vorsichtsmaßnahmen ergriffen und die Zensur auf Telegramme und Briefe eingeführt.

Die „Havas“ aus Hongkong berichtet, haben die Arbeiter und Schriftsetzer des „Daily Bulletin“ die Arbeit niedergelegt. Die Schriftsetzer verschiedener anderer Druckereien drohen in den Streik zu treten.

Paris, 22. Juni. „Havas“ berichtet aus Schanghai: Die auf Vorstellung der Studenten von der chinesischen Handelskammer angeordnete Wiedereröffnung der Geschäfte ist bis zum 30. Juni verschoben worden. — Den Pekinger Universitätsprofessoren, die anlässlich der Schanghaier Protesten den Papst um Unterstützung angerufen hatten, ist durch den apostolischen Delegierten in China namens des Papstes die Sympathie der katholischen Kirche ausgedrückt worden. Der Papst bedauere das Blutvergießen und drücke die Hoffnung aus, daß die Ordnung bald wieder hergestellt werde.

Paris, 22. Juni. Der amerikanische Konsul in Swatow hat dringlich um Schutz durch Marinestreitkräfte gebeten.

Schanghai, 22. Juni. Aus Tschiu sind in Wufung vier amerikanische Jetties angefahren. Aus Hainan und von der Insel Hainan wird große Unruhe in der Bevölkerung und lebhaft fremdenfeindliche Agitation gemeldet. In Wufung wurde der japanische Kommissar der Saline von Kulis angegriffen und hierauf von chinesischen Polizisten verhaftet unter der Anschuldigung, Waffen zu besitzen.

Der Ueberfall auf die chinesische Gesandtschaft.

Wir berichteten gestern, daß etwa 100 Chinesen und Kommunisten in die chinesische Gesandtschaft in Paris einbrachen. Die „Devoirs“ von einem Sekretär der chinesischen Gesandtschaft in Paris erfahren haben will,